

Erscheint täglich außer Sonntagen,
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verkaufsstelle: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Organisierter Massenkonkurs

Wie die Großagrarien sich von Schulden und Zinsen befreien wollten

Die Hintergründe der Konkursauflage und der Versteigerungskrawalle in Ostpreußen werden durch ein Rundschreiben des dem Reichslandbunde zugehörigen Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen aufgedeckt. Die Vermutungen, daß die bei der Agitation des Landbundes eine sehr große Rolle spielenden Konkurse, die die „ungeheure Notlage“ der ostpreussischen Landwirtschaft belegen sollten, und daß die Tumulte der sogenannten Bauern- und Arbeiterbewegung Organisation und Macht seien, werden in vollstem Umfange bestätigt.

Das Rundschreiben ist mit dem Vermerk versehen: „Streng vertraulich. Nur zur Besprechung im kleinsten Kreise!“ Das heißt, die Verfasser haben auch alle Ursache, mit diesem Machwerk das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Die Kreisführer werden nämlich aufgefordert, dafür Propaganda zu machen, daß von den etwa 200 000 landwirtschaftlichen Betrieben Ostpreußens

30 000 mit einem Male zum Konkurs angemeldet werden.

Bei diesen zum Konkurs angemeldeten Betrieben rechnet der Landwirtschaftsverband Ostpreußen mit einem Ausfall von 17 000 Betrieben, bei denen eine Konkursöffnung teils wegen Mangel an Masse, teils wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit abgelehnt werde. Ueber 13 000 Betriebe würde der Konkurs eröffnet werden. Mit brutaler Offenheit zeigen dann die Verfasser dieses Schreibens die volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen dieser Aktion auf. Lassen wir sie selber sprechen:

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

„Hierfür hat man sich zu vergegenwärtigen:

- a) Der Konkursantrag ist die Folge der Zahlungseinstellung.
 - b) Innerhalb kurzer Zeit können 30 000 Konkursanmeldungen nicht sachgemäß erledigt werden.
 - c) Die richterliche Tätigkeit der Konkursprüfung ist dem Verwaltungsapparat entzogen.
 - d) Konkursverwalter für 13 000 Betriebe sind nicht aufstellbar.
 - e) 26 000 Betriebe können nicht zwangsversteigert werden.
- Die Folge würde sein: Zucht:

Alle Gläubiger der ostpreussischen Landwirtschaft, nämlich Kaufleute, Handwerker, freie Berufe, Genossenschaften, Landschaft, öffentliche Hand usw. erhalten weder Rückzahlung fälliger Verbindlichkeiten noch Abgaben.

Die ersten 5 können ihre Verbindlichkeiten nicht mehr erfüllen, werden zahlungsunfähig und müssen ihrerseits Konkurs anmelden. Weiter: Deren Konkursanmeldung zieht die der Kommunen, Kreise und des kommunalen Provinzialverbandes nach sich. Endlich: Die Konkursanmeldung der ersten beiden Kategorien wirkt unmittelbar auf die Gläubiger im Reich weiter.“

Wie die Landbundherrschaften sich die

Organisation ihres Konkurses

dachten, ergibt sich aus folgenden Stellen des uns vorliegenden, vom 19. Februar dieses Jahres datierten Rundschreibens des Landwirtschaftstages Ostpreußen:

„Es könnte (1.) daran gedacht werden, an ein und demselben Tage in der ganzen Provinz Kreis- und Kirchenspieltische Versammlungen abzuhalten, die von kurzer Dauer wären, an deren Schluß aber unter Vorantritt des Kreis- bzw. Kirchspielführers die Teilnehmer an der Versammlung ihre Konkursanträge für ihren Betrieb dem Vorstand pp. zur Weiterleitung durch den LWB. überreichen. Diesem Tag würde eine ausgiebige Aufklärung und die

Versendung der vorgedruckten Konkursanträge an alle Mitglieder vorausgehen. Eine Verheimlichung des Vorhabens wäre natürlich nicht durchzuführen. Offene Aufklärung wäre vielmehr Pflicht, da die Tatsache der Zahlungsunfähigkeit der Landwirtschaft Ostpreußens in sehr absehbarer Zeit und damit ihre Verpflichtung zur Konkursanmeldung feststeht.

Die Kreisführer werden ihr Gutachten darüber abzugeben haben, ob aus ihrem Kreis die Aufbringung der verhältnismäßigen Zahl von Konkursanmeldungen erwartet werden könnte.

Das Rundschreiben behandelt dann vorsorglich die Sicherung des Landwirtschaftsverbandes selbst, der die Konkursbewegung durchführen soll. Die an der Aktion beteiligten Betriebs-

Treviranus im Glück



Mit der angefündigten Wahlreform haben wir einen feinen Trumf ausgepielt!

inhaber sollen sich verpflichten, 5 Mark je Morgen im Durchschnitt zu zahlen. Es heißt dann geschäftstüchtig weiter:

„Da dem bei Gelingen der Aktion rund 20 Mark je Morgen jährliche Befreiung von Lasten im Durchschnitt gegenüberständen, wäre die Verpflichtung tragbar.“

Die Machtprobe.

Die Durchführung der Konkursaktion war nach dem Rundschreiben so gedacht, daß die Konkursanträge von dem Verbands gesammelt werden sollten. Dann war folgendermaßen zu verfahren:

„Die Abgabe der Konkursanträge an den LWB. würde zunächst nicht unbedingt die Weitergabe an die zuständigen Amtsgerichte bedeuten. Zu unterscheiden sind zwei Möglichkeiten:

- a) Die Zahl von 30 000 wird erreicht. Der erste Schritt daraufhin würde eine offizielle Erklärung des Verbandsvorsitzenden an den Oberpräsidenten sein, daß

die Uebergabe an die Amtsgerichte mit allen oben gekennzeichneten Folgen stattfinden werde, falls nicht Reich und Staat Zinsen und Lasten bis zur Erreichung des Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben innerhalb einer kurz zu bemessenen Frist übernehmen.

Die innere Berechtigung dieser Forderung liegt außer in der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutung Ostpreußens für das Reich in der Hergabe seiner unverbrauchten und auf eigene Kosten groß gezogenen Jugend in den Produktionsprozess der außerostpreussischen Großstädte und Industrie. Das Machtmittel zur Durchsetzung wären die in der Hand des Verbandes zusammengefaßten Erklärungen der Zahlungsunfähigkeit mit ihren rechtlichen Zwangsfolgen.

b) Die Zahl von 30 000 wird — trotz Beschluß der Verbandsorgane — nicht erreicht. Dann wären die Konkursanmeldungen und die Umlage den Mitgliedern zurückzugeben. Je nach der Gesamtsumme der ersteren wäre vielleicht noch eine Geste nach außenhin zu erwägen. Eine Machtprobe könnte jedoch damit nicht mehr verbunden werden. Verbandsmäßig würde dies Ergebnis selbstverständlich die tiefstgehendsten Wirkungen haben.“

Mit zynischer Offenheit erklären die Verfasser, daß ihr Vorhaben den Ruin der ostpreussischen Wirtschaft bedeutet. Sie sind sich darüber im Klaren, daß ihre Aktion die Existenzvernichtung Hunderttausender von Arbeitern, Angestellten, Kaufleuten und Handwerkern nach sich zieht. Aber was schadet das alles, wenn erreicht

wird, daß die Sanierung der Betriebe nicht in fremder Hand erfolgt, sondern daß man für die alten, wenn auch

unfähigen Betriebsleiter dauernd Staatsunterstützungen zur Aufrechterhaltung der verfahrenen Wirtschaft erhält.

Einiger verträglich, unfähiger Großgrundbesitzer wegen treibt hier der Landwirtschaftsverband eine Katastrophentaktik, die wirtschafts- und auch außenpolitisch für Ostpreußen von der gefährlichsten Wirkung sein kann. Das sehen die Drahtzieher durchaus ein. Sie sagen darüber in dem Rundschreiben:

„Reich und Staat würden vor die unausweichliche Notwendigkeit gestellt sein, endgültig ihren Willen, Ostpreußen gesund und deutsch zu erhalten, durch Uebernahme der Zinsen und Lasten bis zur Erreichung des Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben zu betätigen oder aber hierzu die Unfähigkeit zu erklären. Das letztere würde bedeuten, daß zwar die Verwaltungskosten der Provinz von Reich und Staat aufgebracht würden,

die gesamte Wirtschaft jedoch von ihren Schulden und Zinsen befreit wäre.“

Die dritte Möglichkeit kann in ihren Auswirkungen nur angedeutet werden. Sie besteht darin, daß auch die Verwaltungskosten der Provinz einschließlich Reichswehr von Reich und Staat nicht mehr getragen würden. Außenpolitische Lage und wirtschaftliche Struktur der Provinz ermöglicht nicht deren Erhaltung aus eigener Kraft. Die Folgen eines solchen Entschlusses von Reich und Staat sind unübersehbar, liegen aber angesichts der innerpolitischen Gesamtlage nicht außerhalb des Bereichs des Denkbaren.“

Brutaler kann der Nachstandspunkt des ostpreussischen Agrariers nicht betont werden. Da heißt es einfach: gibt uns das Reich nicht, was wir fordern, und kann infolge unserer Katastrophentaktik Verwaltung und Organisation der Provinz seitens des Staates und des Reiches nicht mehr in Ordnung gehalten werden, so legen wir keinen Wert mehr auf unser Deutschtum. Da sich die Provinz allein nicht halten kann, werden wir uns einfach

dem Nachbarstaat Polen anschließen, wo wir eine bessere Berücksichtigung unserer Interessen zu finden hoffen.

Das ist Exprefferpolitik, das ist mit dünnen Worten der Sinn dessen, was man nur „andeutungsweise“ sagen kann, was aber durchaus nicht „außerhalb des Bereichs des Denkbaren“ liegt. Ignorisch und brutal ist der Inhalt des Rundschreibens, und wir für unseren Teil zweifeln nicht daran, daß die Führung des Ostpreussischen Landbundes um der eigenen Interessen willen kalblütig Hunderttausende von Existenzen ins Elend jagen würde, wenn nur die Aktion gelingt, die unfähigen Großagrariern ihr Besitztum erhalten soll. Die ostpreussische Bevölkerung in allen ihren Schichten wird am 14. September Gelegenheit haben, diesen Katastrophentaktikern auf ihre finsternen Pläne die richtige Antwort zu geben.

„General“, Direktor Hugenberg.

Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht „eine Reihe von Erklärungen deutscher Generale“, die sich für die Deutschnationale Partei aussprechen. Es sind dies die Generale von Below, von Hutter, von Gallwitz und von Einem, die sich im Weltkrieg durch mehr oder weniger gelungene „strategische Rüdzüge“ ausgezeichnet haben.

Wir sind damit ganz einverstanden. Die geschlagenen Generale des Weltkrieges dürfen alle Herrn Hugenberg wählen. Die Mannschaften wählen sozialdemokratisch!

Selbstüberschätzung.

Für Donnerstagabend hatte Hugenberg den größten Versammlungsraum Münchens, das Zirkusgebäude, gemietet, das für 8000 Menschen Platz hat. Es kamen aber nach nicht 3000 — die Hakenkreuzer erwiesen Herrn Hugenberg, der persönlich auftrat, nicht den Gefallen, ihm alle Statisten zu dienen.

Das Lemberger Todesurteil aufgehoben. Das Oberste Gericht in Warschau hat das Todesurteil gegen die drei vom Lemberger Schwurgericht verurteilten kommunistischen Studenten aufgehoben und den Prozeß zu neuer Verhandlung dem Schwurgericht überwiesen. Gegen die drei Studenten war die Anklage erhoben worden, als Mitglieder der kommunistischen Parteiorganisation Flugblätter verteilt zu haben, die zum Aufruhr, zur Postrennung Ostgaliziens von Polen und Anschluß an die Sowjetunion aufriefen. Das skandalöse Urteil war von den kommunistischen Parteien dazu benutzt worden, um Angriffe gegen polnische Konsulate zu organisieren.

Der Rundling

Eine neue Siedlung in Leipzig-Lößnitz, bei der die Häuserreihen ringförmig umeinander gebaut sind, damit sie von allen Seiten Licht und Luft erhalten.



Flugzeugangriff auf Bergarbeiter.

Amerikanische Scharfmachermethoden.

In dem Geheimnis des sensationellen Flugzeugangriffs auf die Kohlengruben in den Webster-Distrikten in Kentucky (Vereinigte Staaten) konnte bisher trotz angeblicher „Geständnisse“ des Fliegers noch keine Klarheit gebracht werden. Die reaktionären Grubenbarone behaupten natürlich, daß der Abwurf von neuen Bomben von den Gewerkschaften angeordnet worden sei. Sehr merkwürdig ist jedoch, daß die Bomben sich als recht harmlos erwiesen und beim Explodieren in der Nähe der Grubeneingänge nur ganz geringfügige Beschädigungen anrichteten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß es sich bei dem Angriff um die Durchführung eines bestellten Auftrags der Kohlenherren gehandelt hat, denen sehr viel daran liegt, die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften aufzuheben.

In den Kohlenfeldern von West-Kentucky befinden sich 15 000 arbeitslose Grubenarbeiter mit ihren Familien infolge der rücksichtslosen Ausbeutung durch die Grubenunternehmer in bitterster Not. Trotz heldenmütigsten Widerstandes der Streikenden wurden einzelne Gruben wieder in Betrieb genommen.

Zatsachen gegen Wahllügen!

Die Zentrums- und Sozialdemokratische Presse behauptet immer wieder, die Sozialdemokratie sei für die von der Regierung Brüning durchgeführten Verschlechterungen in der Sozialversicherung verantwortlich. Ähnliches ist auch in der Presse anderer Parteien zu lesen. Das Ganze gehört zu den tausend Wahllügen, mit denen die Sozialdemokratie gegenwärtig angegriffen wird. Wir wollen demgegenüber die Wahrheit feststellen.

Die Lügner behaupten:

„Die Regierung Müller-Bisfell mit ihren fünf freien Gewerkschaften war es, die den ersten Entwurf zur Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Reichstag einbrachte und die Krisenfürsorge beseitigte.“

Was ist Zatsache?

Der Regierung Müller-Bisfell haben nicht fünf, sondern nur vier sozialdemokratische Minister angehört, denen acht bürgerliche Minister gegenüberstanden. Die bürgerlichen Parteien hatten also wie im Reichstag so auch in der Regierung Hermann Müller die Mehrheit.

Auf Beschluß des Reichstags hatte ein Sachverständigenausschuß Vorschläge zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gemacht. In diesem Ausschuß haben die Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums für Verschlechterungen der Leistungen gestimmt. Die Vertreter der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, die jeden Abbau bekämpften, wurden überstimmt. Der damalige Reichsarbeitsminister Bisfell übernahm von den Vorschlägen der Sachverständigen nur diejenigen, die die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht anstießen. Erst den Zentrumsabgeordneten Riefener und Frau Teusch blieb es vorbehalten, in einem Antrag einen Leistungsabbau zu fordern. Um diesen Antrag Riefener-Teusch wurde ein wochenlangender Kampf geführt. Dank der Fähigkeit der Sozialdemokraten ist es damals gelungen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in ihrem Kern zu erhalten.

Bisfell hat nicht die Krisenfürsorge „beseitigt“, sondern sie im Gegenteil grundförmlich auf alle Berufe ausgedehnt.

Die Lügner behaupten:

„Der Sozialdemokratische Hauptverband Deutscher Krankenkassen war es, der auf seiner Tagung vom 5. bis 7. August 1928 die Forderung aufstellte, eine Gebühr für Krankenscheine einzuführen.“

Was ist Zatsache?

Diese Behauptung ist eine wissenschaftliche Unwahrheit. Sowohl der Verbandstag von 1928 wie der nächstfolgende Verbandstag in Nürnberg 1929 hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Erhebung einer Krankenscheingebühr oder eines Arzneikostenanteils nicht in Frage kommen könne. In diesem Sinne sind auf beiden Tagungen insbesondere die Vertreter der freien Gewerkschaften aufgetreten.

Die Lügner behaupten:

„In allen wesentlichen Bestimmungen wurde der derzeitige Entwurf noch unter dem Reichsarbeitsminister Bisfell ausgearbeitet.“

Was ist Zatsache?

Unter Bisfell ist lediglich, wie das immer in solchen Fällen üblich ist, von einer untergeordneten Stelle ein Referentenentwurf ausgearbeitet worden. Bisfell hat über diese Fragen zwar die beteiligten Organisationen gehört, aber niemals ein Heft daraus gemacht, daß er den Referentenentwurf weder dem Kabinett noch dem Reichstag vorlegen werde. Erst sein Nachfolger Stegerwald vom Zentrum hat sich diesen von Bisfell abgelehnten Referentenentwurf zu eigen gemacht.

Die Lügner behaupten:

„Ebenso wenig ist vergessen, daß sich gerade die preussische Regierung des Gewerkschaftlers Otto Braun im Reichsrat mit ganz besonderem

Nachdruck und gegen andere Vändervertreter für die Krankenscheingebühr einsetzte.“

Was ist wahr?

In der preussischen Regierung ist für die betreffende Frage der Wohlfahrtsminister Hirtfelder vom Zentrum verantwortlich. Das Kabinett Brüning verlangte eine Krankenscheingebühr von einer Mark auf Antrag des preussischen Vertreters, die darin den Weisungen Hirtfelders folgten, ist die Gebühr auf 50 Pfennig herabgesetzt worden.

Das Kabinett Brüning bestand auf einer Mark, es legte dem Reichstag eine Doppelvorlage vor, in der wiederum die erhöhte Krankenscheingebühr enthalten war.

Die Lügner behaupten:

„Die Sozialdemokratie aber hat die Stirn, den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister dafür verantwortlich zu machen, daß die rote Forderung in dem neuen Gesetzesentwurf aufgenommen wurde.“

Was ist wahr?

Solange der Sozialdemokrat Bisfell im Reichsarbeitsministerium saß, konnten die Forderungen nach einer Krankenscheingebühr trotz Wirtschaftskrise und Finanznot abgewiesen werden. Erst der gegenwärtige Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald vom Zentrum hat die Verschlechterung der Krankenversicherung in der vom Kabinett Brüning erlassenen verfassungswidrigen Verordnung durchgesetzt.

Die Frage der gegnerischen Presse: „Wer hat den brutalen Angriff auf die Sozialversicherung begonnen?“ ist also dahin zu beantworten, daß er von den Unternehmern und von den bürgerlichen Parteien ausgegangen ist, und daß er die ersten größeren Erfolge unter dem Kabinett Brüning-Stegerwald erzielt hat.

Dreieinigheit „Fu=Lo=Pho“

Musikalische Funkrevue — Musik und Technik

Zum erstenmal ist mit der großen Funkausstellung am Kaiserdomm eine repräsentative „Phonoscopia“ verbunden; auch der Tonfilm hat im Ausstellungsplan Berücksichtigung gefunden. Darin kommt nicht nur, gewiß ein begrüßenswerter Fortschritt, der Wille der einzelnen Industrien zum Ausdruck, auf dem großen gemeinsamen Gebiet, dessen Teilbereiche schon heute nicht mehr gegeneinander scharf abzugrenzen sind, in Zukunft lieber in Eintracht miteinander zu arbeiten, als eigenförmig im Zustand eines planlosen Nebeneinander zu verharrten, sondern es wird hier auch dem Auge des Laien in eindringlichster Weise anschaulich gemacht, in welchem Tempo und in welchem Umfang die Technik — das Wort „Technik“ in seinem weitesten, schlagwortmäßigsten Sinne verstanden — von allen Bezirken der hörbaren Welt Besitz ergriffen hat. Die Sache geht nicht zuletzt den Musikern an und jeden, der an der Zukunft unseres Musiklebens, unserer Musikkultur interessiert ist. Nicht im Westlichen, nicht in den Grenzen des Kunstfachs „Musik“, nicht in der Richtung neuer Theorien vollzieht sich die revolutionäre Bewegung, von der unsere gesamte Musik ergriffen ist, sondern in den Formen ihrer Verbreitung, auf den Gebieten ihres Bedarfs und Verbrauchs. Die Musikant ist am Ende ihrer bürgerlichen Epoche vom Leben abgeschnürt und vom Volk abgesondert, das ist unseren Lesern keine überraschende Feststellung. Von den menschlich-lebendigen Kräften der Musik-erneuerung und -erobringung, wie sie sich heute in der Arbeitermusikbewegung am stärksten und zukunftsvollsten betätigen, braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter die Rede zu sein. Nicht weniger wichtig aber als die Kräfte sind die Mittel der Eroberung; es sind die Mittel, die uns die moderne Technik bietet: Rundfunk, Schallplatte — und, vielleicht morgen schon, Tonfilm. Davon, von der Situation der Stunde, gibt uns diese Ausstellung mit ihrer überwältigenden Fülle von Musikmaschinen und -apparaten, mechanischen Mitteln und Hilfsmitteln der Musik-erzeugung und -verbreitung ein zusammengefaßtes, doch unabsehbar weitaufichtiges Bild. Aus der erdrückenden Menge von Modellen aller Art, die auf dieser Mustermesse zur Schau gestellt sind, läßt sich immerhin eine Vorstellung gewinnen, wie weit die Produktion der technisch-mechanischen Musikindustrie heute schon in die Bevölkerung gedrungen sein mögen — wie weit, mit anderen Worten, der Musiksumme breitetester Kreise durch die neuen Errungenschaften der Technik gedeckt wird.

„Fu=Lo=Pho“ (Funk, Tonfilm, Phono) — Dreieinigheit der technischen Mächte — die programmatische Idee der Ausstellung wird durch eine akustische Revue illustriert, mit der das Tobis-Konflikttheater den Besucher empfängt. Unter M. Saverns künstlerischer Gesamtleitung, von Hellmuth Krügers musikalischer Konferenz unterstützt, werden eine Reihe musikmechanischer Spezialitäten vorgeführt; die tanzenenden Menschen auf der von Kerschmann geschmackvoll hergerichteten Bühne fungieren sozusagen nur

als Dreieinigkeit und lebende Ausstattung. Besonderes Interesse beansprucht die Wiedergabe von Tonbildaufnahmen führender Persönlichkeiten der Zeitgeschichte — unter ihnen Ministerpräsident Otto Braun, Gerhard Hauptmann, Adolf v. Harnack —, die aus dem Archiv der Deutschen Gesellschaft für Ton und Bild („Degeto“) zur Verfügung gestellt sind und in diesem Rahmen zum erstenmal öffentlich gezeigt werden.

Unmüßig und unnötig, hier eine erschöpfende Aufzählung auch nur der wichtigsten Ausstellungsgegenstände zu geben. Eine sachliche Würdigung der einzelnen Abteilungen fanden die „Vorwärts“-Leser in der technischen Beilage vom letzten Sonnabend. Der größte Raum ist selbstverständlich dem Rundfunkwesen eingeräumt. So überreich aber die Auswahl an neuen Geräten aller Art, in den meisten Fällen müssen wir uns einstweilen auf ein nur theoretisches Interesse beschränken. Denn ihre Preise liegen fast ausnahmslos in unerwünschter Höhe, — in unseren Kreisen erschwinglich allenfalls für Kollektivkäufer, für Verbände und Vereine, die sich für gesellige und kulturelle Zwecke die luxuriöse Anschaffung einer Lautsprecher-Empfangsanlage leisten können. Empfehlen wir ihnen als relativ „billig“ die Modelle Telesfunken 12 W, Rora W 3 A, Mendel 25; diese drei mit den neuen Telesfunken-Stabdröhren. Und ferner Siemens 21 sowie die neuen AEG-Typen „Gendur“ (mit eingebautem Lautsprecher) und „Geareg“. Und erwähnen wir auch als Beispiele der vielleicht höchsten Vollkommenheit, die bisher erreicht ist, den fünfzähligen Lorenz-Dreikreis-Empfänger oder die Spitzenprodukte von Ideal-Blaupunkt, Siemens, Rora, Mendel, Telesfunken, die fast sämtlich auch in Kombination mit Sprechmaschine hergestellt werden. An die Ausstellung ist ein Pavillon der Deutschen Philips-Gesellschaft m. b. H. angegliedert, deren Radioempfänger „Paladin 5“ und „Paladin 20“ (für Orts- bzw. Fernempfang) nicht erst jetzt in die erste Reihe der führenden Erzeugnisse rücken.

In der Phonoscopia sind erstaunlicherweise — es mag wohl seine Gründe haben — von den bekannten großen Firmen nur wenige vertreten. Der Küchenmeister-Konzern zeigt seine erstaunlichen Fortschritte: Schrank- und Koffertapparate der Deutschen Ultraphon A.G. und der Adler-Electro sowie Schallplatten seiner Produktionsfirmen. Die immer behauptete Tendenz der Industrie, durch Verbilligung ihrer Produkte den Konsum zu heben, ist bei diesem Konzern in der Tat nicht zu verkennen; das gilt von den Orchestral- und Adler-Electro-Platten nicht weniger als von dem „Volksoffener“ der Ultraphon „Juwel“, bei dem niedriges Preisniveau und hohe Qualität eine ebenso ungewöhnliche wie begrüßenswerte Verbindung eingehen. Und bei Küchenmeister erhält der Besucher auch einen lehrreichen Einblick in die Herstellung der Schallplatte und in die Entwicklung der heute in Deutschland bräuchlichen Tonfilmverfahren.

Klaus Fringsheim.

„Vorwärts“ kauft Lügenberichte?

KPD-Schwindel um die Ruhrkampets.

Das kommunistische „Ruhredo“ in Essen (und heute morgen infolge dessen die Berliner „Rote Fahne“) erzählt, daß in Marl in Westfalen der eine der Bergarbeiter, die im „Vorwärts“ am 20. August von ihren Erfahrungen im Donetzgebiet erzählten, in einer Versammlung hierüber gesprochen habe. Seine Ausführungen scheinen einen großen Eindruck gemacht zu haben, denn es waren danach acht Mann nötig, „um die schändliche Rolle dieser Kronzeugen des „Vorwärts“ aufzuzeigen“ und ihn zu widerlegen.

Natürgemäß ist an dem Bericht unserer Gewährsmänner nichts zu widerlegen, da er nur der Wahrheit entspricht. Deshalb unterschlagen „Ruhredo“ und „Rote Fahne“ nicht nur alles, was in der Versammlung über die Sowjetunion gesagt wurde, sondern suchen vor ihren Lesern die Glaubwürdigkeit der Zeugen zu erschüttern. Dazu dient z. B. die Behauptung, einer unserer Gewährsmänner hätte — bei einer nicht genannten Gelegenheit vor nicht genannten Leuten — geäußert: „Nach meiner Rückkehr aus Sowjetrußland bin ich sofort zum „Vorwärts“ gegangen und habe dort für meine Berichterstattung 150 M. erhalten.“

Diese angebliche Erzählung ist eine glatte Erfindung. Die beiden Bergarbeiter haben weder jogsleich, noch auch einen entfernt so hohen Betrag erhalten. Die Wahrheit ist vielmehr, daß sie wie jeder andere Mitarbeiter des „Vorwärts“ ihr Honorar erst erhielten, als der Abdruck erfolgt war. Der Betrag ist durch die Post am 25. (fünfundzwanzigsten) abgegangen. Er beträgt auch nicht 150 Mark, sondern etwa ein Fünftel dieses Betrages, das gewöhnliche Zeilenhonorar. Da der „Vorwärts“ von keiner ausländischen Regierung oder Partei finanziert, sondern von den Massen seiner Abonnenten aus der Arbeiterklasse getragen wird, ist er nämlich nicht in der angenehmen Lage gewisser anderer Zeitungen, Beiträge derart hoch zu honorieren. Schon daraus ergibt sich, was von dem Schwindel des „Ruhredo“ und der „Roten Fahne“ zu halten ist.

Um gleich einen anderen „Rote Fahne“-Schwindel zu erledigen: Der angebliche „Reichsbannerführer“ und SPD-Funktionär Freikamp in Duisburg-Loer, der zum Eintritt in die kommunistische Partei aufgefordert haben soll, war schon seit zwei Jahren nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratie und im Reichsbanner vor langer Zeit einmal Kassierer einer kleinen Reichsbannergruppe. Seit Anfang des Jahres wurde er selbst schon nicht mehr Kassiert...

Wegen eines Wihes ins Zuchthaus.

Was der Faschismus nicht vertragen kann.

Mailand, 29. August.

Wegen Erzählung eines gegen den Faschismus gerichteten Wihes in einer Wirtschaft ist ein Kaufmann aus Venedig zu fünf Monaten Zuchthaus und 500 Lire Geldstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte unter Hinweis auf ein Rundschreiben des Generalsekretärs der Partei ein Jahr Zuchthaus beantragt.

